

BFH-Leitsatz-Entscheidungen

- 1. DBA-Schweiz 1971/2010: Tage, an denen Steuerpflichtiger tatsächlich zurückkehrt, sind keine Nichtrückkehrtage**
Urteil vom 30.09.2020, Az: I R 37/17
- 2. DBA-Schweiz 1971/2010: Art. 15 Abs. 4 setzt nicht Eintragung der Funktion in das Handelsregister voraus**
Urteil vom 30.09.2020, Az: I R 60/17
- 3. Steuerbescheid: Bestimmtheit nur bei getrennter Festsetzung oder genauer Schilderung der Sachverhalte**
Urteil vom 16.09.2020, Az: II R 24/18
- 4. Bewertung: Zur temporären Nutzung aufgestellte Container sind bewertungsrechtlich kein Gebäude**
Urteil vom 22.07.2020, Az: II R 37/17
- 5. Prozessrecht: Akteneinsicht in Kindergeldsachen ist eine Ermessensentscheidung**
Beschluss vom 03.11.2020, Az: III R 59/19
- 6. Sonderabschreibung: Steuerpflichtiger kann Nutzungsanteile eines Pkw auch durch andere Beweismittel als ein Fahrtenbuch nachweisen**
Urteil vom 15.07.2020, Az: III R 62/19
- 7. Einkommensteuer: Leistungen aufgrund „Thüringen-Stipendiums“ sind u. U. nicht steuerbar**
Urteil vom 11.12.2020, Az: IX R 33/18

Urteile und Beschlüsse:

1. DBA-Schweiz 1971/2010: Tage, an denen Steuerpflichtiger tatsächlich zurückkehrt, sind keine Nichtrückkehrtage

Urteil vom 30.09.2020, Az: I R 37/17

Tage, an denen der Steuerpflichtige von einer Geschäftsreise aus dem Drittland tatsächlich an seinen Wohnsitz zurückkehrt, gehören nicht zu den Nichtrückkehrtagen i.S. des Art. 15a Abs. 2 Satz 2 DBA-Schweiz 1971/2002. Entsprechendes gilt für Geschäftsreisen an Wochenend- und Feiertagen, sofern die Arbeit an diesen Tagen nicht ausdrücklich im Arbeitsvertrag vereinbart ist und der Arbeitgeber für die an diesen Tagen geleistete Arbeit weder einen anderweitigen Freizeitausgleich noch ein zusätzliches Entgelt gewährt, sondern lediglich die Reisekosten übernimmt. Die anders lautenden Regelungen des § 8 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 5 Satz 2 KonsVerCHEV vom 20.12.2010 verstoßen gegen den Grundsatz des Vorrangs des Gesetzes (Art. 20 Abs. 3 GG).

2. DBA-Schweiz 1971/2010: Art. 15 Abs. 4 setzt nicht Eintragung der Funktion in das Handelsregister voraus

Urteil vom 30.09.2020, Az: I R 60/17

Art. 15 Abs. 4 DBA-Schweiz 1971/2010 setzt keine Eintragung der Funktion des Steuerpflichtigen in das Handelsregister voraus. Die anders lautende Regelung des § 19 Abs. 2 Satz 2 KonsVerCHEV vom 20.12.2010 verstößt gegen den Grundsatz des Vorrangs des Gesetzes (Art. 20 Abs. 3 GG).

3. Steuerbescheid: Bestimmtheit nur bei getrennter Festsetzung oder genauer Schilderung der Sachverhalte

Urteil vom 16.09.2020, Az: II R 24/18

Mehrere Steuerfälle erfordern grundsätzlich entweder eine Festsetzung in getrennten Steuerbescheiden oder —bei körperlicher Zusammenfassung in einem Schriftstück— die genaue Angabe, welche Lebenssachverhalte (Besteuerungstatbestände) dem Steuerbescheid zugrunde liegen, sowie eine gesonderte Steuerfestsetzung für jeden einzelnen Lebenssachverhalt (Steuerfall).

4. Bewertung: Zur temporären Nutzung aufgestellte Container sind bewertungsrechtlich kein Gebäude

Urteil vom 22.07.2020, Az: II R 37/17

Container, die nicht auf einem eigenen Fundament ruhen, sind bewertungsrechtlich kein Gebäude, wenn sie lediglich für eine vorübergehende Nutzung aufgestellt sind und nach Wegfall des nur zeitweise bestehenden Raumbedarfs wieder entfernt werden sollen.

5. Prozessrecht: Akteneinsicht in Kindergeldsachen ist eine Ermessensentscheidung

Beschluss vom 03.11.2020, Az: III R 59/19

1. Die Akteneinsicht in Kindergeldsachen nach dem EStG richtet sich nach der AO; insoweit besteht ein Anspruch auf eine fehlerfreie Ermessensentscheidung.

2. Bei der Abwägung der Interessen des Einsichtssuchenden und der Familienkasse ist zu berücksichtigen, dass der Verwaltungsaufwand regelmäßig geringer ist als in Steuer-sachen, weil sich in Kindergeldakten seltener als in anderen Steuerakten Daten von und Informationen über Dritte befinden, die durch das Steuergeheimnis geschützt sind, dass in elektronischer Form geführte Kindergeldakten leichter zu duplizieren sind als Papierakten und dann trotz Akteneinsicht für die Fallbearbeitung zur Verfügung stehen, und dass elektronisch geführte Akten durch die Gewährung von Akteneinsicht keinem erhöhten Integritäts- oder Verlustrisiko ausgesetzt sind.

6. Sonderabschreibung: Steuerpflichtiger kann Nutzungsanteile eines Pkw auch durch andere Beweismittel als ein Fahrtenbuch nachweisen

Urteil vom 15.07.2020, Az: III R 62/19

Ein Steuerpflichtiger kann die Anteile der betrieblichen und der außerbetrieblichen Nutzung eines PKW, für den er den Investitionsabzugsbetrag und die Sonderabschreibung nach § 7g EStG in Anspruch genommen hat, nicht nur durch ein ordnungsgemäßes Fahrtenbuch, sondern auch durch andere Beweismittel nachweisen.

7. Einkommensteuer: Leistungen aufgrund „Thüringen-Stipendiums“ sind u. U. nicht steuerbar

Urteil vom 11.12.2020, Az: IX R 33/18

1. Einen Prozessbevollmächtigten trifft an dem verspäteten Eingang eines fristgebundenen Schriftsatzes kein Verschulden, wenn er mit der ordnungsgemäßen Nutzung eines funktionsfähigen Sendegerätes und der korrekten Eingabe der Sendenummer alles zur Fristwahrung Erforderliche getan und so rechtzeitig mit der Übermittlung begonnen hat, dass unter normalen Umständen mit deren Abschluss bis 24:00 Uhr gerechnet werden konnte (Anschluss an BGH-Beschluss vom 12.04.2016 – VI ZB 7/15 , NJW-RR 2016, 816).

2. Leistungen aufgrund eines Fördervertrags mit der "Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Freistaat Thüringen" sind unter bestimmten Umständen nicht steuerbar.